

Halleische Zeitung

vorm. im G. Schweigsche'schen Verlage. (Halleischer Courier.)

Insertionsachrichten für die Halleische Zeitung...

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich...

Nummer 157.

Halle, Dienstag 9. Juli 1889.

181. Jahrgang.

Zur zweiten Ausgabe gehören: Erste (Text-) und Zweite (Inseraten-) Beilage.

Chefredakteur Dr. Richard Hamel ist noch auf mehrere Wochen verreist und wird durch Medizinteur Dr. Oswald Schünke vertreten.

Die Redaktion.

Das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889. Was verspricht und was fordert dasselbe?

Das neue Genossenschaftsgesetz erhält einen ganz besonderen Grad von Bedeutung, wenn man dasselbe mit der Allerhöchsten Verfassung vom 17. November 1881, welche ja für den größten Teil der Bevölkerung an dem Gebiete der Volkswirtschaft den Anstoß und das Programm gegeben hat, in Verbindung bringt.

Nachdem dieser Ertrag unseres unergötlichen ersten Reiches im Einklange der Heilung der sozialen Schäden durch positive Förderung des Wohlens der Arbeiter, von dem Anspunde der Hilfsbedürftigen auf größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes gesprochen hat, lautet derselbe an bezügl. Stelle wörtlich folgendermaßen:

Der engere Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form corporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutze und staatlicher Förderung werden, wie wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde.

Man sieht, der hochselige Kaiser hat dem Genossenschaftswesen eine bedeutende Wirksamkeit zugesprochen. Eine Bedeutung ist demselben hier beigemessen, wie demselben Schutze und Förderung beim Beginn dieser Genossenschaftstätigkeit in Deutschland nie seit weniger der von ihnen vertretenen Sache vindizierten. Schritte hat nichts geringeres als den Beginn einer ganz neuen Epoche der Volkswirtschaft, den Anfang einer allgemeinen Wohlhabenheit und Zufriedenheit mit der Begründung seiner Genossenschaften vorausgesetzt. Aber wie wenig ist von all dem in Erfüllung gegangen. Nach seinen eigenen Geständnissen haben seine Werke ihre Vollendung, das erstrebte Ziel, nicht erreicht. Das Entstehen der Sozialdemokratie in Deutschland ziemlich zu gleicher Zeit mit dem ersten genossenschaftlichen Bestrebungen bei uns, und das Wachstum der letzteren zu der heutigen gefährlichen Größe bezeugt am besten, wie wenig das System geeignet gewesen ist, einen Ausgleich der Stände, eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage herbeizuführen.

Es soll gar nicht geleugnet werden, daß an einzelnen Orten gut geleitete Vereine Vorteile für ihre Mitglieder erzielt haben. Aber dem stehen doch auch eine Anzahl von Fällen gegenüber, in welchen Tausende von Familien durch die Zusammenbrüche von Kassen mit Solidarbeit der Genossenschaftler in ihren Vermögens schwer geschädigt, ja an den Bettelstab gebracht worden sind. Es befehlen zur Zeit ca. 350 Vereine zu verschiedenen Zwecken nach Schulze'schem System; ein verhältnismäßig großer Teil derselben sind Konsumvereine, über deren wirtschaftlichen Nutzen, wenn es sich nicht um Konsumtionsfragen handelt, sondern um Nahrungsmittel und Bedürfnisse des täglichen Lebens, sich jedenfalls freit. Diese ganze Art der Vereinigungen kann der Natur der Sache nach einen erheblichen Einfluß auf weitere Kreise nicht ausüben, ihre Mitglieder nicht auf eine höhere Stufe wirtschaftlicher Lage emporheben; sie kann nur Einzelvorteile gewähren. Dennoch sind die Konsumvereine die einzigen Gründungen Schulze's geblieben, an welchen auch der Unbemittelte Teil nehmen kann, um wirkliche oder eingebildete Vorteile zu genießen. Was dagegen die Vorstandsvereine betrifft, so haben die sich häufig wiederholenden Katastrophen deren Zahl gelichtet und die Bedingungen der beteiligten Gesellschaften demart demobelt, daß man sagen kann: bei jenen Klassen erhalten nur noch diejenigen Kredit, welchen auch jeder Bankier Kredit gewährt, welche also eigentlich keinen Kredit haben. Man sieht, von dem Bestande, auf welchen nach der Kaiserlichen Verfassung die Hilfsbedürftigen Anspruch haben, ist hier keine Rede mehr. — Die bei fast allen zusammengebrochenen Genossenschaften jenes Systems entweder mangelhaft beachtete und zugleich unwürdige Verwaltung oder die Korrumptheit, welche in Folge der Solidarbeit bei ganz unüberwältigbar kleinen Ansätzen unter dem Bestände entstand, veranlassen die Bankrotte. Die Folge davon war, daß entweder wohlhabendere Leute an Genossenschaften sich gar nicht mehr beteiligten, und dann mußten diese notwendiger Weise eingehen, oder aber, wo eine genügend große Zahl besser Situirter die Vorteile des Genossenschaftswesens erkannt hatte, wurden die Bedingungen, unter welchen Kredit gewährt wird, so geschränkt, daß die Unbemittelten anscheiden mußten; denn sie konnten sich von ihrer früheren Zugehörigkeit keinen Vorteil mehr verschaffen. — Dadurch ist aber der Grund-

zug des Genossenschaftswesens überhaupt verlegt; denn die durch Vereinigung erzeugte Kraft soll ja auch die leichteren Bewandnisse als Glieder einer großen Masse mitgeben, wenn die Woge ansteigt. Davon ist nichts mehr sichtbar; die gut geleiteten Kreditvereine bringen auch reichliche Dividende; aber der kleine Mann hat davon nichts — denn er darf nicht mehr mitspitzen. Dieses allmähliche Abwenden vom Prinzipie: Einer für Alle, Alle für Einen, welches schon zu Lebzeiten Schulze's vor sich ging, ist indessen durchaus nicht willkürlich, sondern nothwendigen Gehehen, weil man an einzelnen Lehrmeinungen stark festhielt. — Anlehnung an die Staatsgewalt, Berufung auf die staatlichen reichen Hilfsquellen galt als volkswirtschaftliche und politische Gefahr, die Solidarbeit als Grundbedingung.

Die Folge hiervon war, daß der Staat dem Genossenschaftswesen kühl gegenüber stand. Desgleichen traten wohl an einzelnen Orten in besseren Verhältnissen Lebende zu Kreditvereinen zusammen, aber im Großen und Ganzen haben sich die oberen Schichten der Bevölkerung bis heute dem Genossenschaftswesen nicht nur kalt, sondern ablehnend gegenübergestellt. — Und das war keineswegs zu verwundern. Der Wohlhabende, welcher den gefunden Kern dieser Angelegenheit erkannte und, obgleich er vielleicht für sich kaum besondere Vorteile von einer Beteiligung erwartete, bereit gewesen wäre, zum Wohle des Ganzen beizutreten, mußte sich sagen, daß, wenn durch einen Mißgeschick, soll die Genossenschaft bankrott würde, er allein derjenige wäre, welcher mit seinem Gesamtvermögen für alle Verpflichtungen der übrigen aufzukommen habe.

Wir wollen hier an die vor einigen Monaten in Oberhessen vollzogene Ereignisse erinnern, welche die Gefährlichkeit der Praxis der in der Theorie ja erhabenen unbeschränkten Solidarbeit der Genossen scharf illustriert.

Ein wohlhabender Viehhändler verlangt im Konsumgeschäft eines Fabrikwerkes ein Gemüthmittel. Man erwidert ihm, daß er nicht Mitglied und daher zum Kaufen nicht berechtigt sei. Auf die weitere Mitteilung, daß er gegen Erlegung von nur 50  $\mathcal{M}$  aber Genossenschaftler werden könne, zahlt derselbe „Scherzes halber“ den Betrag und sieht um auch seine zuerst ausgesprochenen Wünsche befriedigt. — Einige Zeit nachher fällt der Verein, dessen übrige Mitglieder mittellos waren, und der Händler als der einzige Berechtigte wurde von den Gläubigern gezwungen, für den Miß einzustehen.

Kann es unter solchen Umständen ausfallen, wenn Bildung und Reichtum sich im Großen und Ganzen dem Genossenschaftswesen fern gehalten haben?

Das neue Gesetz läßt dagegen fakultativ, wie u. a. auch in Oesterreich, die Theilhaftigkeit, d. h. jedes Mitglied ist nur bis zu einer ihm ganz genau bekannten höchsten Summe regresspflichtig. — In England kennt man die Solidarbeit gar nicht, und dieses ist wohl der Grund, warum sich das Genossenschaftswesen dort besser entwickelt hat als auf dem Kontinente.

Vermischte politische Mittheilungen.

\* Dem Berliner Magistrat sind folgende Schreiben zugegangen:

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben mit aufrichtiger Freude die Glückwünsche, welche der Magistrat und die Herren Stadtverordneten Allerhöchstdencklichen an der Vermählung Sr. R. M. des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen dargebracht haben, entgegen zu nehmen geruht und lassen den Magistrat und den Herren Stadtverordneten für diesen neuen Beweis aufrichtiger Zuneigung dankbar danken.

Den Magistrat und den Herren Stadtverordneten laue ich die mir zu meiner Vermählung Namens der Reichshauptstadt ausgeprochenen Glückwünsche meinen herzlichsten Dank, dieselben mit meinen aufrichtigen Wünschen für die fernere Wohlfahrt Berlins erwidern.

Schloß Wien, den 26. Juni 1889.

\* Bei der britischen Flottenrevue am 3. August wird der Prinz von Wales dem Kaiser begleiten. Die Königin wird derselben an Bord der „Albion“ anwohnen, welche in der Dornierwerft mit dem deutschen Geschwader Aufstellung nehmen soll.

\* In Hamburg feierte am Sonnabend Bürgermeister Dr. Petersen, der langjährige Vertreter Hamburgs im Bundesrat, seinen 80. Geburtstag. Die in Hamburg erscheinenden Blätter aller Parteilichungen bringen aus diesem Anlaß Festschriften, in denen sie die Verdienste Petersen's um das Wohl seiner Vaterstadt in warmen Worten feiern. Seit 1855 gehörte Petersen dem Hamburger Senat an; 1876 wurde er zum ersten Mal zum Bürgermeister gewählt. Durch seinen Einfluß wurde 1866 Hamburg von dem Anschluß an Oesterreich abgehalten, zu welchem ein großer Theil der Bevölkerung damals hinneigte. Mit großem Eifer trat er für den Zollanschluss ein, nach dessen Annahme er Vorsitzender der Auswahlskommission wurde. Die Stadt bereite dem verdienten Manne großartige Ovationen und Se. Majestät der Kaiser zückte ihn durch folgendes durch den Reichs-Legationsrat v. Kuffnerow überreichte eigenhändige Schreiben aus:

Ich habe verstanden, daß Sie, Herr Bürgermeister, am 6. I. d. M., Ihren 80. Geburtstag begehen, und kann es Mir nicht verhehlen, Ihnen zu diesem letzten Festtage meinen Glückwunsch darzubringen. Möge Ihnen dieser festliche Tag in derselben Mühseligkeit und Frische, mit der Sie ihn begehen, noch oft wiederkehren, und mögen Sie in der hohen Achtung, die Ihnen ange-

theilt gestellt wird, den wohlverdienten Lohn finden für Ihre langjährigen, dem Wohle Ihrer Vaterstadt und der Förderung des Reiches unmaßig gewidmeten erfolgreichen Bestrebungen. Ich lasse Ihnen beifolgend als ein Zeichen Meiner Verköhlichung Mein Bild mit Meiner Unterschrift zugehen und verleihe, Herr Bürgermeister.

Neues Palais. Ihr wohlgezügelter den 30. Juni 1889. gez. Wilhelm, I. R. In den regierenden Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

Das sodann überreichte, vorzüglich in Photo-Lithographie ausgeführte Bild stellt den Kaiser in Admiralsuniform dar. Das Bild, in einem gebogenen, silbernen Rahmen trägt die Kaiserkrone mit Eichenlaub. Unter dem Bilde stehen die von Se. Majestät eigenhändig geschriebenen Worte: Wilhelm I. R. zum 80jährigen Geburtstage 1889.

Auch vom Reichsanstalt war aus Berlin ein Telegramm eingetroffen, welches lautet:

Eure Majestät bitten ich meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihrem heutigen Geburtstag freundlichst entgegen zu nehmen. Bis mara.

\* In der Besprechung des Verhältnisses der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie, wie es sich allem Anschein nach für die nächsten Reichstagswahlen entwickelt, bemerkt die „Nat.-Lib. Correspondenz“: Man wird sich darauf gefaßt machen müssen, bei Stichwahlen vielfach sozialdemokratische Kandidaten von radikal-bürgerlichen wie auch von demokratisch-ultramontanen Wählern unterstützt zu sehen. Hier Richter hat sich in der „Frei. Ztg.“ schon neulich seine Stellung vorbehalten, falls bei der bevorstehenden Hälterstädter Wahl der sozialdemokratische Kandidat mit dem Konservativen oder National-Liberalen zur Stichwahl käme; und nachdem wir den fortgeschrittenen Parteigänger für reaktionäre Waisen-Kandidaturen haben eintreten sehen, kann man sich über nichts mehr wundern. Die Deutschfreimüthigen haben auch ihrerseits an manchen Orten die Sozialdemokraten sehr nötig und die letzteren bringen schon lange unwillig darauf, daß keine Unterstützung mehr gewährt werden soll, ohne die bindende Verpflichtung zur Gegenunterstützung. Wenn die Wahlen näher heranrücken, wird diese vom sozial-demokratischen Standpunkt nur ganz billige Forderung ohne Zweifel noch nachdrücklicher erhoben werden und voraussichtlich auch mit Erfolg. Wir erkennen an, daß noch bei den letzten Wahlen einzelne Mandate, z. B. Königsberg und Magdeburg, den National-Liberalen nur dadurch zugesallen sind, daß sie in der Stichwahl die Unterstützung zahlreicher „entschieden liberaler“ Wähler gegen die Sozialdemokraten fanden, und wir hoffen in manchen Städten mit verlässigem besonnenem Bürgerthum wird auch in Zukunft das Bewußtsein der Gemeinamkeit der bürgerlichen Interessen mindestens bei den Stichwahlen zum Durchbruch kommen. Daß aber die Sozialdemokraten bindende Gegenunterstützungen verlangen werden und daß man bei der deutsch-freimüthigen Parteilichkeit auf genügenden Widerstand hiergegen nicht wird rechnen können. — Eine durch zahlreiche Symptome zu bezeugende Annahme.

\* Die gemeinlichste Kommission der städtischen Kollegien Hannover's, welche Vorschläge zu dem württembergischen Entwurf des Reichsgesetzes zu machen hat, hat längere Sitzungen in Bremen wie in der Bundeskommission ab. Der Entwurf der Stadt für den Empfang ist auf ca. 84000 Mark veranschlagt, deren Bewilligung der Magistrat mit dem Bürgervereinskollegium beantragte. Bei seiner Ankunft am 12. September wird der Kaiser vom Prinzen ab durch folgende reichlich geschickte Ehren nach dem Schloße sich begleiten: Rathsherrliche, Generäle, Geheime- und Staatsbibliothekar, Breitenträger, Markttrüge, Markttrüge, Brauertrüge.

Oesterreich-Ungarn. Die diesjährige Misere hat in österreichisch-Schlesien einen derartigen Nothstand, daß der Landesauschuß die Regierung um Stenernachlaß und Staatshilfe für die nothleidende Bevölkerung ersucht.

Frankreich. Auslich wird die Nachricht von der Zusammenkunft des Kriegsministers Freycinet und des Generals Miribel mit dem russischen Kriegsminister Wanoosty in Pichy für falsch erklärt. Freycinet soll angeblich Paris seit Monarchen nicht verlassen haben.

Serbien. Die „Polit. Correspondenz“ meldet aus Mitrovica: Am Sonnabend wurde dem Könige ein Fadelzug gebracht. Der König, welcher wiederholt am Fenster erschien und mit lebhaften Kundgebungen begrüßt wurde, antwortete auf eine an ihn gerichtete Anrede: Er fühle sich glücklich, in der mit dem Leben und Wirken der berühmten Vorfahren so eng verknüpften Gegend einen so herzlichsten Empfang gefunden zu haben. — Gestern Morgen begab sich der König mit den Regenten und den Ministern nach dem drei Stunden von hier entfernten Zlatow, wo Milosch Obrenovic am Palmsonntag 1815 vor der Kirche den Aufruf gegen die Türken proklamirte. Nachdem dasselbe das Demeer gewonnen worden war, schrie der König hierher zurück.

Russland. In russischen Hofkreisen, so schreibt der Berliner Berichterfasser der „Daily News“, wird eine interessante Geschichte erzählt über die Ursache des jüngst erlassenen Ulaes des Zaren, welcher russischen Prinzen anbelehrt, nur orthodoxe Götzen einzusetzen, wenn sie ihre Rechte auf die Chronologie behalten wollen. Nach dem Ulae in Vorki erwähnte das Publikum die Frage, was geschehen wäre, wenn die kaiserliche Komitè nicht zu-

Die heutige Nummer J. u. Z. Ausgabe umfaßt 12 Seiten.













